Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Vollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Herausgeber und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 66 | — Erscheint wöchentlich 6 mal. — Bezugspreis freibleibend | Halver Dienstag, den 18. März 1924 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. | 24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Völkerbundsrat ernannte für das Saargebiet an Stelle des bisherigen saarländischen Kommissars Lands den gegenwärtigen Präsidenten des Landesrats Coßmann, an Stelle des dänischen Mitgliedes Moltke-Huitfeldt den Spanier Espinsta de los Monteros.

* In Düsseldorf soll die Produktenbörse hauptsächlich für den Handel in Eisen wieder eröffnet werden.

* Die Neuwahlen für das französische Parlament sollen im zweiten Teil des Monats Mai vor sich gehen.

* Der italienische Ministerrat beschloß eine bedeutende Erhöhung der Gehälter der Geistlichen im kommenden Finanzjahr und die Befreiung der mit der Seelsorge betrauten Geistlichkeit vom aktiven Militärdienst.

* Da die fortschrittliche Partei der persischen Kammer die Mehrheit erlangt hat, erwartet man die baldige Ausrufung der Republik.

Innere Parteisorgen.

Nun sind die Abgeordneten a. D. in das Land hinausgezogen, und mit voller Wucht setzt der eigentliche Wahlkampf ein. Die Demokratische Partei hat sofort ihren Wahlaufruf erlassen, die Deutschnationalen in Sachsen beantragen Auflösung des dortigen Landtages und Neuwahlen am Tage der Reichstagswahl. Und der Wahlkampf soll nicht abschwellen, soll nicht einmal in der Karwoche einer Waffenruhe Platz machen; denn der Antrag der bürgerlichen Parteien, in dieser Zeit politische Versammlungen nicht zuzulassen, hat zwar im Reichstag eine Mehrheit gefunden, aber diese reichte nicht aus, um diesen verfassungsändernden Beschluß auch wirklich durchzuführen. Der Reichsrat hat entschieden, daß eine Zweidrittel-Mehrheit zur Rechtsgültigkeit dieses Beschlusses vorhanden sein müßte, und das war eben nicht der Fall.

Noch aber kennzeichnet unser inneres Parteileben des Augenblickes der Kampf um die Kandidatenliste. Kennzeichnet demzufolge die Unzufriedenheit mit den Entschlüssen, die von den offiziellen Parteileitungen bisher gefaßt worden sind. Am deutlichsten ist das in der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie in die Erscheinung getreten. Bekantlich hat sich in der Deutschen Volkspartei eine Reihe politisch rechtsstehender Persönlichkeiten zu der Nationalliberalen Vereintgung in der D. V. P. zusammengetan; der Parteivorstand hat aber erklärt, daß diese Sondervereinigung ganz unmöglich und untragbar wäre, weil sie die Geschlossenheit der Partei und damit den Erfolg ihrer politischen Arbeit beeinträchtige. Wie weit die Aussprache zwischen den beiden Richtungen zu einer inneren Verständigung geführt oder nicht geführt hat, läßt sich vorläufig noch nicht sagen.

Auch das Zentrum hat schwere Sorgen. Auf der einen Seite hat der agrarische Flügel unter der Führung des rheinischen Abgeordneten v. Guérard, vor allem aber des Landtagsabgeordneten v. Papen einen sehr energischen Vorstoß nach der Richtung hin gemacht, daß bei der Aufstellung der Kandidaten mehr rechts gerichtete Persönlichkeiten herangezogen werden sollen, da die Anhängerschaft dieser Partei gerade in den ländlichen Kreisen mit der bisherigen Zentrumspolitik außerordentlich unzufrieden sei. Auf der anderen Seite hat sich unter der Führung des früheren Vorsitzenden der sächsischen Zentrumspartei Haeßlein namentlich im Westen ein Teil der Wählerschaft von der Partei abgesplittert mit der Begründung, daß ihnen die Zentrumspolitik allzu weit nach rechts gerichtet sei, vor allem dem sozialen Gedanken zu wenig Unterstützung angedeihen lasse. Und im Rest ist natürlich auch ein starker Gegensatz vorhanden, der in dem bekannten Briefe des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth sehr deutlich zum Ausdruck kam.

In der Sozialdemokratie sieht es nicht viel besser aus. Der Kampf um die Kandidatenlisten namentlich in Berlin tobt noch fröhlich weiter und eine wirkliche Verschmelzung der früheren Unabhängigen mit den Mehrheitssozialisten ist nicht so eingetreten, wie man das vor anderthalb Jahren auf dem Nürnberger Parteitag gehofft hatte. Es ist ja in der Hauptsache die Stellung zum Ermächtigungsgesetz gewesen, in der diese Anschauungsdifferenzen hervortraten.

Auf der Rechten hat vor einigen Tagen Herr v. Graefe einen außerordentlich scharfen Trennungsstrich zwischen seiner Partei und den Deutschnationalen gezogen, der sogar in dem Satz: „Kampf bis aufs Messer!" endete. Naturgemäß werden daher gerade die Offensivkräfte der Deutschnationalen in gewissem Ausmaß durch den Gegenstoß von seiten der Deutschvölkischen her unwirksam gemacht und abgeleitet werden. Angesichts des Hitler-Prozesses und seiner Auswertung kann man vorläufig allerdings auf der Rechten noch gar nicht sagen, wie die Anhängerschaft auf all die Ereignisse in München reagieren wird. Nach dieser Richtung hin ist man gerade bei den Deutschvölkischen Freiheitsparteilern ganz außerordentlich siegesgewiß. Vom Ausgang des Hitler-Prozesses bis zu den Wahlen ist allerdings noch überaus viel Zeit. In dieser Zwischenzeit können noch Ereignisse außerordentlich schwerwiegender Art eintreten. Gerade diese Ereignisse aber, die uns bevorstehen und die wesentlich außenpolitischer Natur sind, stehen übrigens auch im Hintergrund der Differenzen in der Deutschen Volkspartei und erschweren wegen ihrer Ungewißheit eine Stellungnahme der Parteiinstanzen.

Eins freilich hat sich trotz dieser häuslichen Unstimmigkeiten doch nicht vollzogen, was nicht gerade selten prophezeit worden ist: der Zusammenbruch der Parteigebäude. Trotz der Unzufriedenheit auch über das, was man als das „Parteiwesen" überhaupt bezeichnete. So ziehen denn alle Parteien in dem bisherigen Äußeren in den Wahlkampf. Keine von ihnen hat eine wirklich durchschlagende Parole, und daher wird das Stimmungsmäßige bei den Wahlen wieder sehr stark wirken und wegen seiner Unbestimmbarkeit jede Prophezeiung auf den Ausgang dieser Wahlen vorläufig recht schwierig, ja unmöglich machen.

Ein Viertelhundert Parteien.

Für die Reichstagswahlen.

Für den Wahlkampf wird die Zahl der Parteien, die sich um Mandate bewerben, gegenüber der Wahl von 1920 voraussichtlich noch um ein paar vermehrt werden. Nach der bisherigen Zusammensetzung gab es im ganzen 21 Parteien, und zwar erhielten davon Mandate: Sozialdemokraten (180), Zentrum (72), Deutschnationale (68), Deutsche Volkspartei (65), Demokraten (40), Bayerische Volkspartei (20), Kommunistische Partei (11), Bayerischer Bauernbund (4), Deutschvölkische (3), Unabhängige (2), Deutsch-Hannoversche (2). Bei keiner Partei (später zum Teil Kommunisten) (5). Listen aufgestellt hatten weiter: die Deutsche Mittelstandspartei, die Deutsche Wirtschafts- und Arbeitspartei, die Nationaldemokratische Volkspartei, der Deutsche Wirtschaftsbund für Stadt und Land, Christliche Volkspartei, Deutsch-Sozialistische Partei, Lausitzer Volkspartei, Polenpartei, Reformgruppe, Christlich-soziale Volksartei.

Diesmal treten neu hinzu: die Republikanische Partei, ferner die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes; außerdem ist es wahrscheinlich, daß die verschiedenen Schattierungen der deutsch-völkischen Bewegung sich nicht durchweg auf die gleiche Liste einigen werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Handelsvertrag Deutschland—Nicaragua.

Der durch den Weltkrieg aufgehobene Handelsvertrag zwischen Deutschland und Nicaragua ist durch Notenaustausch erneuert worden. Im Gegensatz zum alten Vertrage läuft der Vertrag nunmehr mit dreimonatiger Kündigungsfrist. Der Vertrag, der in Nicaragua inzwischen in Kraft getreten ist, wird auch in Deutschland unverzüglich der Ratifikation zugeführt werden.

Deutscher Industrie- und Handelstag.

Vor dem Ende der Tagung äußerte sich der Vizepräsident der Reichsbank v. Glasenapp über die Währungslage vom Standpunkt der Reichsbank. Die Rentenbank nannte er die genialste Schöpfung auf währungspolitischem Gebiet in der Geschichte der Völker. Die jetzt beschlossenen Silbermünzen würden zur Stabilisierung beitragen, denn mit ihrer Hilfe solle das Notgeld aus dem Verkehr gezogen werden. Geh. Kommerzienrat Dr. von Borsig sprach über Produktionshebung, verständige Frachten- und Steuerpolitik. Mit großem Nachdruck wies Herr v. Borsig auf die ausschlaggebende Bedeutung des Inlandsmarktes hin, d. h. auf die Notwendigkeit, die Konsumkraft der Bevölkerung zu steigern und allen Verbrauchern genügende Mittel zum Lebensunterhalt zu schaffen. Die Lage des Einzelhandels beleuchtete Herr v. Norden von der Handelskammer. Über „Rechtsschutz" sprach Staatsminister a. D. Drews. Im Anschluß daran wurde eine Entschließung zur Wahrung des Rechtsschutzes angenommen und mit der Wahl neuer Mitglieder in den Hauptausschuß die Tagung geschlossen.

Die Gendarmerie für das Saargebiet.

Die in Genf befindlichen Vertreter des Saargebiets aus dem Zentrum, der Sozialdemokratischen und der Deutsch-vaterländischen Volkspartei haben an die einzelnen Mitglieder des Völkerbundsrates ein Schreiben gerichtet, in dem sie sich bereit erklären, die erforderlichen Gelder, zur Bildung einer genügend starken Gendarmerie aufzubringen, damit das französische Militär baldigst aus dem Saargebiet zurückgezogen werden könnte.

Dr Schacht nochmals in Paris.

Die Arbeiten des Ersten Sachverständigenausschusses über die Deutsche Goldnotenbank sollen nahezu abgeschlossen sein. Eine neue Besprechung mit Reichsbankpräsident Dr, Schacht ist in Paris für kommenden Mitwoch in Aussicht genommen. Für die Eisenbahnfragen soll dann ein fertiger Plan vorliegen.

Deutsche und französische Rüstungskosten.

Die französische Propaganda verbreitet die Nachricht, daß Deutschland für Rüstungszwecke mehr ausgebe als Frankreich. Frankreichs Rüstungsausgaben betragen nach dem Haushaltgesetz etwa 2 Milliarden Goldfrank; das sind nach dem augenblicklichen Stande über 10 Milliarden Frank. Deutschland hat in seinem Etatsvoranschlag für 1924 430 Millionen Mark für Heer und Marine eingesetzt, also etwa ein Fünftel des französischen Aufwandes. Und dabei muß Deutschland das soviel teuere Freiwilligenheer unterhalten.

Der Deutschenschutz in Polen.

Die Frage der deutschen Ansiedler in Polen kam vor dem Völkerbundsrat in Genf zur Sprache. Der Völkerbundsrat beschloß, den beiden Regierungen noch einmal die Wiederaufnahme der abgebrochenen Verhandlungen über die strittigen Punkte des Minderheitenschutzvertrages zu empfehlen und diesen Verhandlungen einen unparteiischen Präsidenten beizugeben. Dieser Präsident soll befugt sein, falls die beiden Parteien wiederum nicht zu einem Einverständnis gelangen, von sich aus eine Entscheidung zu treffen.

Entscheidung über das Memelland.

Das Memelabkommen wurde durch den Völkerbundsrat angenommen. Litauen stimmte zu, Polen erhebt nach wie vor Widerspruch. Die Änderungen, die von der Memelabordnung gewünscht wurden, blieben unberücksichtigt. Die Konvention stellt für das Memelland ein Minimum an Rechten dar, die innerhalb der Versailler Bestimmungen noch zu erreichen waren.

Frankreich.

× Poincarés Pyrrhussieg im Senat. „Wehe mir, noch ein solcher Sieg und ich bin verloren," muß der französische Ministerpräsident wohl oder übel zu sich sprechen, wenn er seinen „Sieg" im Senat bei der Ermächtigungsgesetzdebatte betrachtet. Nach einer die ganze Nacht währenden Debatte wurde der Gesetzentwurf über die Ermächtigungen mit 154 gegen 139, also mit 15 Stimmen Mehrheit angenommen. Bei der Abstimmung über einen Vorschlag, die Ermächtigungen durch Dekretvollmacht zu ersetzen, blieben nur 13 Stimmen Mehrheit trotz der Vertrauensfrage. „Wehe mir!"

Freistaat Danzig.

× **Der Hafen den Polen ausgeliefert.** Der Völkerbundsrat in Genf fällte die Entscheidung über das polnische Munitionsdepot im Danziger Hafen. Nachdem geheime Verhandlungen vorausgegangen waren, wurde in der öffentlichen Sitzung dahin entschieden, daß Polen gemäß seinem Antrage für die Dauer des Provisoriums die Insel Holm, d. h. das wichtigste Hafengebiet Danzigs, für das nicht explosive Kriegsmaterial zugesprochen erhält.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichsrat hat in einer Vollsitzung von den Beschlüssen des Reichstages über die Goldkreditbank Kenntnis genommen, ohne Einspruch zu erheben.

Paris. Vier Kommunisten, darunter die Abgeordneten Cachin und Vaillant-Couturier, die beschuldigt sind, Militärpersonen zum Ungehorsam angereizt zu haben, sind zu vier Monaten Gefängnis ohne Strafaufschub und zu je 1000 Frank Geldstrafe verurteilt worden.

Darmstadt. Im 75. Lebensjahre starb General der Infanterie Frhr. v. Heiningen gen. Huene, Kommandeur des 14. Armeekorps in den Augustkämpfen von 1914. Im Oktober 1914 übernahm er die Stellung als Gouverneur von Antwerpen.

Bonn. Oberbürgermeister Dr. Falk, der von den Franzosen zu drei Jahren Gefängnis verurteilt war, ist aus der Haft entlassen, aber ausgewiesen worden.

Bern. Ein Beamter der Bundesverwaltung begab sich nach Territet, um dem Kalifen die Weisungen des Bundesrates zu überbringen, daß er sich jeder Propagandatätigkeit zu enthalten habe.

Vom Wahlkampf.

Aus allen Parteien.

† **Reichswehrminister Dr. Geßler** sprach in einer gutbesuchten Versammlung in Berlin über die demokratischen Wahlziele und wies die Vorwürfe ab, die meist aus Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse gegen die Regierung, ihre Maßnahmen und die Reichswehr erhoben worden seien. Die Rede schloß mit einem Hoch auf die deutsche Republik.

† **Nationalliberale Vereinigung in der Deutschen Volkspartei.** Der in Berlin versammelte Parteivorstand der Deutschen Volkspartei beschloß einstimmig, daß die Duldung einer politischen Sonderorganisation, wie sie die neugegründete Nationalliberale Vereinigung darstelle, in der Partei unmöglich sei und für die Partei untragbar sei.

† **Der Wahlaufruf des Zentrums** wird soeben in dem Berliner Zentralorgan, der Germania, veröffentlicht. Er rechtfertigt die Maßnahmen des Kabinetts Marx als Notwendigkeiten, sagt dem „sozialistischen Materialismus" ebenso wie dem „neuheidnischen Mammonismus" Kampf an und verkündet als Parteiziel die deutsche Volksgemeinschaft.

† **Demokratische Wahlliste und Parteitag.** Die Demokratische Partei beruft für den 24. März zur Festsetzung der Reichstagswahlliste Vorstand und Wahlkreisvorsitzende nach Berlin ein und bereitet ihren Parteitag in Weimar auf den 5. und 6. April vor.

† **Von den Deutschvölkischen** wird ihr erstes Mitglied im Thüringer Landtag, Artur Dinter, bei den Reichstagswahlen als Spitzenkandidat aufgestellt werden.

† **Eine „Republikanische Partei Deutschlands"** soll neuerdings begründet werden. In Weimar fanden Vorbesprechungen statt. Ein Berliner Vertreter entwickelte die Grundsätze dieser Partei und erklärte, die Partei wolle alle Republikaner sammeln, und zwar in demokratischem Sinne. Man wolle das Parteiprogramm der V. S. P. D. übernehmen.

† **Dr. Radbruch kandidiert nicht.** Dr. Radbruch, der frühere Reichsjustizminister und Fraktionsmitglied der V. S. P. D. hat sich angeblich entschlossen, bei den kommenden Reichstagswahlen nicht mehr zu kandidieren.

Zwei russische Memelnoten.

An Litauen und den Völkerbund.

Der russische Volkskommissar für das Auswärtige, Tschitscherin, richtete an den litauischen Gesandten in Moskau eine Note, in der er erklärt, die Sowjetregierung müsse mit Bedauern feststellen, daß die von Litauen dem „sogenannten" Völkerbund unterbreiteten Statutenentwürfe in der Memelfrage im Falle ihrer Verwirklichung die Interessen der Sowjetregierung verletzen würden. Die Sowjetregierung erkläre ausdrücklich, daß sie keinesfalls die Erteilung irgendwelcher Vorrechte in Memel, Memelhafen und auf dem Njemen an dritte Mächte zulassen werde. Gleichzeitig richtete Tschitscherin eine Note an die im Völkerbundsrat vertretenen Mächte, darunter England, Frankreich, Italien, die Tschechoslowakei und Japan, worin jede Lösung der Memelfrage, die ohne Beteiligung der Sowjetunion getroffen werden sollte, für null und nichtig erklärt wird. Ferner erblickt Rußland in der Behandlung der litauisch-polnischen Grenzstreitigkeiten durch dritte Mächte eine Beeinträchtigung seiner Rechte.

Die Verteidiger richteten nunmehr an den Zeugen zahlreiche Fragen über das „Direktorium" und wollten wissen, ob man auch die Einzelheiten eines solchen Planes durchdacht habe. Herr v. Lossow faßte seine Ansicht über den Druck, der ausgeübt werden sollte, schließlich folgendermaßen zusammen:

„Wenn man von vornherein damit gerechnet hätte, daß alles von selbst gehe, so wäre das der normale Weg. Für den Fall, daß die Einsicht in den leitenden Stellen nicht vorhanden wäre, nämlich die Einsicht, es müsse etwas Durchgreifendes geschehen und nicht, daß man ein Kabinett Stresemann 1 bis 4 und dann wieder ein Kabinett Wirth mache, die Einsicht, daß das nicht des Pudels Kern sei, sondern das etwas Neues geschaffen werden müsse, sollte der Druck so stark werden, daß diese Einsicht erzwungen würde. Ich wäre dankbar, wenn man sich mit diesen Ausführungen begnügen würde. Ich weiß nicht, wie ich es noch deutlicher sagen kann."

Justizrat Kohls Verwahrung.

Weitere Fragen der Verteidigung beziehen sich auf das Flugblatt gegen Lossow, das am 6. November verbreitet wurde. Der Zeuge erklärt dazu, er habe nicht behauptet, daß dieses Flugblatt vom Kampfbund stamme. Andere Fragen haben Bezug auf die Vorgänge im Bürgerbräukeller, auf das Wort „Komödie spielen", auf die Inpflichtnahme der 7. (bayerischen) Division usw. Lossow lehnt wiederholt die Beantwortung der Fragen der Verteidigung ab. Das versetzt den Justizrat Kohl schließlich in solche Erregung, daß er auf den Tisch schlägt und verlangt, daß der Zeuge ihm gegenüber nicht die gesellschaftlichen Formen verletze.

„Ich bin nicht sein Rekrut," rast er, „ich bin der Rechtsanwalt Kohl, ich bin auch Offizier!"

Es macht den Eindruck, als wenn der Zeuge hierher gekommen wäre mit der Absicht, die Verteidigung zu verhöhnen. Das läßt sich die Verteidigung nicht gefallen!" Der Vorsitzende muß wiederholt beschwichtigend eingreifen, indem er feststellt, daß von einer Verhöhnung der Verteidigung nicht die Rede sein könne. Trotz der Beschwichtigungsversuche des Vorsitzenden spitzt sich jedoch das Frage- und Antwortspiel immer mehr zu, und es wird dramatisch, als Hitler an Lossow die Frage richtet, wer die Väter des Direktoriums waren, und mit wem über diese Frage verhandelt worden sei. Das Gericht beschließt, diese Fragen nicht zuzulassen, da sie mit der Tat der Angeklagten in keinem inneren Zusammenhang stünden.

Zusammenstoß Lossow—Hitler.

Hitler springt auf und rast erregt: „Es wäre niemals zum 8. November gekommen, wenn nicht durch die vorangegangenen Tatsachen das Instrument geschaffen worden wäre. Das Instrument, das am 8. November eingesetzt worden ist, ist das Produkt der hochverräterischen Tätigkeit der Herren Kahr, Lossow und Seißer. Es handelte sich im Bürgerbräu nur um eine Auslösung eines längst besprochenen Planes. Wer bin ich denn im Bürgerbräu gewesen, Herr General v. Lossow, der sentimentale oder der brutale Hitler?" — „Wenn Sie mich fragen," antwortet Lossow in gleicher Erregung, „so sage ich: „Das war der Hitler mit dem schlechten Gewissen!" Maßlos aufgebracht schreit Hitler:

„Wenn Sie mir das zu sagen wagen, dann behaupte ich: der einzige Mensch, der sein Ehrenwort vom 1. Mai gebrochen hat, ist nicht Hitler, sondern der General von Lossow gewesen!"

General v. Lossow beherrscht sich nur mühsam, macht dann eine kurze Verbeugung und verläßt den Gerichtssaal. Das Publikum ist in großer Bewegung, und der Vorsitzende kann sich kaum Gehör verschaffen. Er rügt Hitlers Benehmen als geradezu unglaublich und unterbricht die Sitzung auf zwei Stunden.

In der Nachmittagssitzung erklärt der Vorsitzende, daß das Gericht in Erwägung gezogen habe, ob gegen den Angeklagten Hitler wegen seiner Ausfälle gegen den Zeugen v. Lossow nicht eine Strafe auszusprechen sei. Selbstverständlich könnte bei der Schwere des Angriffes nicht von einer Geldstrafe, sondern nur von einer Freiheitsstrafe die Rede sein. Aber diese Strafe wäre nur von geringem Wert, da sich ja der Angeklagte Hitler ohnedies in Haft befinde. Er könne also weiter nichts tun, als Herrn Hitler zu mahnen, sich Mäßigung aufzuerlegen, da sonst das Gericht genötigt wäre, eine Abtrennung des Verfahrens gegen Hitler vorzunehmen.

Rechtsanwalt Röder erwidert, daß Hitler von Lossow geradezu herausgefordert worden sei. Lossow sei in polternder Weise aufgetreten und habe nicht nur die Angeklagten, sondern auch die Verteidiger beschimpft. Wenn Lossow dem Angeklagten Hitler, der hier für seine Ehre kämpft, immer wieder den Vorwurf des Ehrenwortbruches ins Gesicht schleudert, so dürfe man sich nicht wundern, daß Hitler mit Gegenangriffen antworte. Hitler habe die Behauptung, daß

Lossow sein Wort gebrochen

habe, durchaus nicht aus der Luft gegriffen. Die Umstände, auf die sich der Ehrenwortbruch Lossows beziehe, könnten nun leider in der Öffentlichkeit nicht dargelegt werden. Man dürfe schließlich einem Manne, der so vielfach angegriffen werde wie Hitler, nicht verwehren, zum Gegenschlage auszuholen.

(Sechzehnter Tag.) s. München, 15. März.

Die besondere Note gab der heutigen Verhandlung die Verhängung von Ordnungsstrafen gegen den Generalleutnant v. Lossow, der gestern den Gerichtssaal infolge des Zusammenstoßes mit Hitler verlassen hatte und heute in einem Schreiben an den Vorsitzenden seine Absicht bekundete, nicht mehr als Zeuge zu erscheinen. Gericht und Verteidiger bestehen jedoch darauf, daß v. Lossow weiter vernommen werden soll. Er erhielt heute zunächst eine Ordnungsstrafe von 10 und sodann eine von 50 Goldmark. Die Verteidiger beantragten sogar Vorführung, was aber einstweilen nicht beachtet wurde. Herr v. Lossow wurde erneut für Montag geladen.

Bei Beginn der heutigen Verhandlung stellten die Verteidiger eine große Zahl von Beweisanträgen zur Unterstützung vieler Behauptungen, die von der Verteidigung im Laufe der Verhandlungen aufgestellt worden sind. Das Gericht gab einem Teil dieser Anträge statt und beschloß die Ladung weiterer Zeugen; es befinden sich unter diesen Zeugen Sanitätsrat Pittinger, Kapitänleutnant Ehrhardt, Admiral Scheer und Graf Soden. Das Gericht verkündete dann folgenden Beschluß:

Erste Ordnungsstrafe gegen Lossow.

Der Zeuge Lossow, der sich ohne Erlaubnis vor Abschluß seiner Vernehmung aus dem Gerichtssaal entfernt hat, wird zur Tragung der durch seine Entfernung verursachten Kosten und zu einer Geldstrafe von 10 Mark, ersatzweise einem Tag Haft, verurteilt.

Es wurde außerdem die neuerliche Ladung Lossows angeordnet. Da er dieser Ladung nicht Folge leistete und in einem kurzen Schreiben an den Gerichtshof sein Wiedererscheinen ablehnte, forderte die Verteidigung, daß er vorgeführt werde. Das Gericht behielt sich zunächst einen Beschluß hierüber vor. Nachdem dann noch eine

Zuschrift des Kardinals Faulhaber,

der einige in völkischen Flugschriften als Ludendorffs Anschauung wiedergegebene Behauptungen richtigzustellen wünscht, verlesen worden war, wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Eine Anzahl Zeugen wird sodann über die Vorgänge im Bürgerbräu gehört.

Der vielgenannte Prof. Bauer,

Studienrat im Wilhelmsgymnasium in München wird aufgerufen. Er hat das Wort geprägt: „Nicht los von Berlin, sondern auf nach Berlin!" Er erklärt aber jetzt mit großer Bestimmtheit, daß ihm nie eingefallen sei, von einem wirklichen „Marsch nach Berlin" zu sprechen. Der Sinn dieses Wortes habe auf geistigem, nicht auf militärischem Gebiete gelegen.

Lossows zweite Ordnungsstrafe.

Das Gericht beriet nun über mehrere Anträge des Staatsanwalts, der für einige weitere Aussagen militärischer Natur den Ausschluß der Öffentlichkeit wünschte. Das Gericht beschloß in diesem Sinne, und der Vorsitzende verkündete außerdem folgenden Beschluß:

General v. Lossow wird wegen Fernbleibens von der heutigen Sitzung in die dadurch entstehenden Kosten und außerdem zu einer Geldstrafe von 50 Mark ev. fünf Tagen Haft verurteilt.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wird in die Vernehmung des Generals Danner, des Münchener Stadtkommandanten, eingetreten. Er ist mit Lossow unmittelbar nach der Versammlung im Bürgerbräukeller zusammengekommen und hat die Überzeugung gewonnen, daß der Generalleutnant niemals ernstlich mitgetan hat. Als letzter Zeuge des heutigen Tages wird sodann der Stadtrat Rechtsanwalt Nußbaum über die Vorgänge im Rathaus am Marienplatz und besonders über die Geiselverhaftung vernommen. Darauf verliest der Vorsitzende eine von heute datierten

Brief des Generals v. Lossow,

der zu den gestrigen Aussagen des Angeklagten Hitler noch einmal Stellung nimmt. Lossow schildert kurz die Besprechungen mit Hitler und kommt zu dem Schluß, daß nur ein ganz törichter Mensch in seinem Verhalten einen Ehrenwortbruch erblicken könne. Hitler erklärt hierzu: „Ich bedaure noch einmal, daß mir gestern das Wort entfallen ist. An der Sache selbst ändert das aber nichts. Der Herr General hat sein Wort gegeben und nicht gehalten, sondern gebrochen. Daß ich das gestern hier sagte, war eine Folge der schweren neuen Beleidigungen, die mir der Herr General in diesem Saale zufügte. Ich bedaure es sehr; aber wenn der Herr General nicht stundenlang in diesem Tone gesprochen hätte, dann wäre es nicht passiert."

Ein Verteidiger stellt den Antrag, den Beschluß des Gerichtes über die zweite Verurteilung Lossows dahin zu ändern, daß gleichzeitig ein Vorführungsbefehl erlassen wird, damit Lossow auf jeden Fall am Montag erscheine. Der Vorsitzende geht jedoch darauf nicht ein und vertagt die Verhandlung auf Montag.

Unsere Postbezieher

bitten wir die Erneuerung des Bezuges unserer Zeitung für April rechtzeitig vorzunehmen. Bestellungen die nach dem 25. März aufgegeben werden, unterliegen einer besonderen Gebühr.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 18. März 1924.

□ Zur Wetterlage. Obgleich uns nur noch wenige Tage vom offiziellen Frühlingsanfang trennen, ist die Witterung noch immer wenig frühlingsmäßig. Die neue Kältewelle, die mit dem gegenwärtig über der Ostsee lagernden Hochdruckgebiet über Deutschland hereingebrochen ist, hat besonders dem Nordosten und auch Mitteldeutschland empfindlichen Frost gebracht. Am 13. März wurden in Ostpreußen bis zu 16 Grad Kälte gemessen, eine für diese Zeit ganz ungewöhnliche Temperatur. Berlin meldet 4, Bromberg 6, Breslau 4 Grad unter dem Gefrierpunkt. In den Mittelgebirgen und in Schlesien fiel Schnee. Da das über Irland lagernde Tief kaum in der Lage sein dürfte, das auf dem Kontinent lagernde Hochdruckgebiet allzu schnell zu verdrängen, dürfte in Mittel- und Ostdeutschland auch in den nächsten Tagen noch Frostwetter vorherrschen. Während der Frost im Osten auch tagsüber anhalten dürfte, ist in den übrigen Gegenden Deutschlands wenigstens für die Mittagsstunden mit gelinderem Wetter zu rechnen.

—* **Wer wills kaufen?** Massenweise werden jetzt überall Grundstücke aller Art feilgeboten. Und zu welchen Preisen! Man staunt über die Billigkeit. In einer Berliner Zeitung stand jüngst wohl 19 mal ein Inserat, in dem ein Agent ein „Hausgrundstück mit Garage, Werkstatt und Lagerplatz, das 17000 Mark im Frieden einbrachte" für nur — 8500 Mark verkaufen möchte! Ein Zeichen der Zeit!

& **Halver,** 18. März. Nachdem am vorletzten Sonntag die Prüfung der diesjährigen Konfirmanden vorgenommen war, erfolgte die Konfirmation derselben am letzten Sonntag und zwar durch Pfarrer D. Dresbach. Die Zahl derselben betrug 74 gegen 63 im Vorjahre und 55 im Jahre 1922. Bei dem Konfirmationsgottesdienste wirkte der kirchliche Posaunenverein mit. Pfarrer D. Dresbach hielt die Predigt über Colosser 1, 9—11 und gab den Konfirmanden an der Hand dieses Textes ernste Mahnworte mit auf den Lebensweg. Darauf erfolgte am sinnig mit Grün umstandenen Altar unter leisen Orgelklängen die Einsegnung. Am Nachmittage wurden die Konfirmandinnen durch Pfarrer Dr. Große-Dieselhaus geprüft.

& **Halver,** 18. März. Nach einem außergewöhnlich langen Winter, der fast ein halbes Jahr gedauert und ungeheuerliche Massen Schnee und grimmige Kälte in anhaltender Dauer gebracht hat, glaubten wir jetzt endlich auf die Einkehr des Frühlings rechnen zu dürfen, obgleich von dem alten Schnee noch bedeutende Massen lagerten. In der Nacht von Sonntag auf Montag setzte jedoch erneut Schneefall ein, wodurch unmittelbar vor dem kalendermäßigen Beginn des Frühlings die Erde erneut mit einer wenn auch leichten Schneedecke belegt wurde. Während des jetzigen Tages dauerte der Schneefall ab und zu noch an. Und trotzdem: „Es muß doch Frühling werden!"

× **Brügge,** 17. März. Am Mittwoch, den 12. März fand im Saale des Hotel Tasche hierselbst eine gutbesuchte Versammlung des Vereins ehemaliger Winterschüler der Landwirtsch. Winterschule, Brügge statt. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden Crone eröffnet und geleitet. Dr. Pulte aus Münster hielt einen interessanten und lehrreichen Vortrag über Pferdezucht in der Provinz Westfalen. Für die hiesige Gegend sei die Zucht eines Kaltblutschlages mittler Größe mit kräftigem Knochenbau zu empfehlen. Eine rege Aussprache folgte diesem Vortrag. Ein Antrag der Werdohler Hengsthaltungsgenossenschaft, den Kreis der Genossenschaft auch auf die Landgemeinde Lüdenscheid auszudehnen, fand keine Annahme. Das Westfälische Landgestüt Warendorf habe in Heerwiese b. Lüdenscheid und Grünenbaum b. Halver je eine Deckstation mit erstklassigem Hengstmaterial errichtet und deshalb sei eine Erweiterung der Deckstationen nicht ratsam. Sodann wurde beschlossen an der im Herbst in Warendorf stattfindenden Hengstparade teilzunehmen, um sich an Ort und Stelle von der Vorzüglichkeit des Gestüts zu überzeugen. Der Anschluß an den Provinzialverband ehemaliger Winterschüler wurde einstimmig beschlossen. Nach kurzer Aussprache konnte die anregend verlaufene Versammlung geschlossen werden.

Dortmund, 13. März. Dortmunder Getreidebörse. Die Preise verstehen sich in G.-M. per Ztr. bei Mehl per Doztr, in Ladungen von 10—15000 Kg. waggonfrei Dortmund. Inl. Weizen 8,75—9,25, inl. Roggen 8—8,25, inl. Hafer 7,75—8,25, ausl. Hafer 8—8,50, inl. Gerste 9,75—19, ausl. Gerste 9,50—9,75, runder Mais 10,25—10,50, Bäckermehl 21,50—28, Weizenmehl 26,50—27, Roggenmehl 24,50—25, Weizenkleie 5—5,50.

Opladen, 14. März. Im Strohschober tot aufgefunden. Ein Hausierer aus Solingen wurde heute morgen hier in einem Strohschober tot aufgefunden. Es handelt sich um einen verkrüppelten und ziemlich hilflosen Mann, der sich anscheinend gestern abend nicht mehr den Weg von Opladen nach Solingen zugetraut und zum Schlafen in den Schober gelegt hatte. Wahrscheinlich ist er in den Schober hineingerutscht und in dem Stroh erstickt.

Kommunalpolitisches.

Kierspe, den 17. März 1924. Die Handwerker- und Gewerbetreibende-Vereinigung hatte am vergangenen Sonntag zu einer Versammlung eingeladen zwecks Besprechung über die Aufstellung einer gemeinsamen bürgerlichen Liste für die Gemeinderatswahlen. Der Referent, Herr Dr. Linnartz-Lüdenscheid sprach über Bedeutung der Wahlen und gab Winke für ein gemeinsames Vorgehen der bürgerlichen Parteien. Der Redner wollte einen Trennungsstrich schaffen zwischen den bürgerlichen Parteien einerseits sowie der Parteifraktion der Linken andererseits. In seinen Ausführungen forderte der Redner bedauerlicherweise die Linksparteien zur Opposition heraus, wodurch die ganze Versammlung leider in ganz andere Bahnen gelenkt wurde, wie es beabsichtigt war. Die Opposition blieb alsdann auf allen Seiten nicht aus, sodaß eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Man wählte alsdann aus den verschiedenen Berufen eine Kommission, die zu einer neuen Sitzung zusammentrat, um über weitere Wege zu beraten.

Bestechungsprozeß Zeigner.

(Erster Tag.) r. Leipzig, 14. März.

Vor der 6. Kammer des Landgerichts begann heute der Prozeß gegen den früheren sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner, dem schwere Verfehlungen im Amt zum Vorwurf gemacht werden. Insgesamt stehen sechs Anklagefälle zur Erörterung. Mitangeklagt ist der Schmied Möbius. Etwa 20 Zeugen und Sachverständige sind geladen.

Vor Beginn der Sitzung lehnt der Verteidiger Dr. Zeigners den Vorsitzenden von Miaskowski sowie die Beisitzer Landgerichtsräte Störl und Nauck aus Besorgnis nicht der Parteilichkeit, sondern der Befangenheit im Unterbewußtsein ab, da die drei Herren vollkommen deutschnational orientiert seien. Hinzu komme, daß Dr. Zeigner den abgelehnten Herren als Vorgesetzter Vorhaltungen gemacht habe. Weiter sei die Sache anstatt gegen Zeigner und Genossen gegen den nebensächlichen Möbius gerichtet, sonst müßte die Verhandlung vor der 3. Kammer, deren Mitglieder wesentlich anders orientiert seien, stattfinden. Außerdem habe der Vorsitzende entgegen aller Übung die Akten studiert und den Termin anberaumt, bevor das Hauptverfahren eröffnet war. Er habe auch Einfluß auf die Verteilung der Zuhörerkarten genommen, da nur rechts eingestellten Personen Karten zugeteilt worden seien. Zum Schluß gibt der Verteidiger die Anregung, die Sache dem Landgericht Dresden zu überweisen, weil gerade die Leipziger Juristenkreise starke Antipathie gegen Zeigner empfänden. Werde dies nicht genehmigt, so halte er seinen Ablehnungsantrag aufrecht.

Der Oberstaatsanwalt Schlegel beantragte Ablehnung der Anträge. Der Gerichtshof zog sich darauf zur Beratung zurück.

Der Ablehnungsantrag abgelehnt.

Nach fast vierstündiger Beratung betrat der Gerichtshof wieder den Saal. Der Richter, der während der Pause die Erhebungen leitete, verkündete als Beschluß, daß das Gesuch auf Ablehnung der drei Richter als unbegründet abgelehnt werde. Das Gericht sei zu der Überzeugung gelangt, daß kein Grund zum Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit der Richter vorliege. Aus der andersartigen politischen Einstellung könne eine solche Besorgnis nur beim Hinzutreten besonderer Umstände gerechtfertigt erscheinen. Solche Umstände lägen aber nicht vor. Hierauf übernahm Landgerichtsdirektor Dr. Miaskowski wieder den Vorsitz.

Gegen Zeigner allein wird vom Oberstaatsanwalt in fünf Fällen Anklage erhoben. Die erste Anklage reicht in die Militärzeit Zeigners zurück. Er war bei der Train-Ersatzabteilung in Leipzig eingezogen und in der

Schreibstube beschäftigt. Hier erhielt er Kenntnis von einer Anzeige wegen Schleichhandels mit Mehl gegen den seinem Truppenteil angehörigen Möbius. Zeigner ließ sich von Möbius einen Zentner Mehl für seinen Haushalt liefern. Da er den Verdacht hatte, Möbius habe das Mehl gestohlen, verbrannte er die auf die Mehlschiebung bezüglichen Akten.

Der zweite Fall enthält nach der Anklage den Tatbestand der versuchten Erpressung. Der Pächter von Park Meusdorf, Arno Grammer, war vom Wuchergericht Chemnitz wegen Schleichhandels zu zwei Monaten Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Zeigner erhielt als Justizminister davon Kenntnis und trat durch Möbius, mit dem er häufigen Verkehr hatte, an Grammer heran mit der Frage, was ihm ein Begnadigungsgesuch wert sei.

Der dritte, vierte und fünfte Punkt der Anklage enthalte die Beschuldigung, daß Dr. Zeigner Verletzung seiner Amtspflichten als Justizminister insofern vorgeworfen wird, als er sich bei seinen Entschließungen in bezug auf Gnadenakte durch Rücksichten auf empfangene Geschenke leiten ließ.

Ein sechster Punkt betrifft Möbius allein. Dieser reichte für den Käsereibesitzer Heinrich Schmidt in Rohrbach, der am 17. Dezember 1920 vom Wuchergericht Leipzig zu einem Monat Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe verurteilt worden war, ein Gnadengesuch ein, behielt jedoch die beigefügte Summe von 1000 Mark für sich.

(Zweiter Tag.) r. Leipzig, 15. März.

Zuerst wird der Angeklagte Möbius vernommen, mit dem der Vorsitzende die Angelegenheit der Mehlschiebung bespricht. Möbius, der in der Voruntersuchung gegen Zeigner ausgesagt hat, widerruft jetzt seine Angaben, die er nur gemacht haben will, weil ihm versprochen worden war, daß er dann aus der Untersuchungshaft entlassen werden würde. Zeigner erklärt, daß er von Möbius Mehl bekommen und erst später erfahren habe, daß es gestohlen war. Da er durch seine Verbindung mit Möbius seine bürgerliche Stellung als Staatsanwalt gefährdet sah, habe er die Akten eines Möbius betreffenden Verfahrens in einem Augenblick von Unbesonnenheit verbrannt. Das Verfahren gegen Möbius sei daraufhin eingestellt worden.

In dem Fall Trommer, in dem es sich um eine Begnadigung handelte, schickte Trommer an Zeigner einen Bericht, der darauf hinwies, daß Möbius Erpressungen zu verüben versuchte. Der Zeuge Trommer, der vereidigt wurde, erzählte, daß Möbius zu ihm gekommen sei und ihm gesagt habe, er „habe in Dresden jemand sitzen", der ihm helfen könne. Dieser Jemand sei Zeigner gewesen.

Der Parchimer Mordprozeß.

(Dritter Tag.) § Leipzig, 14. März.

Der Regierungsrat Dr. Pfreimbter vom Landesgesundheitsamt in Schwerin erstattete ein Gutachten an der Hand des präparierten Schädels von Kadow. Der Schädel weise außer vielen kleineren Verletzungen und Brüchen zwei Ein- und Ausschüsse auf. Außerdem sei das Stirnbein zertrümmert. Als konkurrierende Todesursache komme der Halsschnitt in Betracht, der absolut tödlich war. Jeder Schuß an sich sei tödlich gewesen. Der Schlag auf die Stirn sei nicht sofort tödlich gewesen, wenn auch die größere Wahrscheinlichkeit dafür spreche, daß auch diese Verletzung den Tod zur Folge gehabt hätte. Der Sektionsbefund habe als sicher ergeben, daß Kadow noch lebte, als ihm der Halsschnitt beigebracht wurde. Wenn die Schüsse nach dem Halsschnitt gefallen wären, so bestehe die Möglichkeit, daß Kadow zur Zeit der Schüsse noch gelebt habe. Der Tod wäre aber mit Sicherheit in wenigen Minuten ohnehin eingetreten. Die Schüsse seien als Todesursache vom medizinischen Standpunkt aus belanglos. Der Angeklagte Jurisch ist nach dem Gutachten des Sachverständigen Medizinalrat Dr. Schütz voll zurechnungsfähig. Der Angeklagte Landwirt Bruno Fricke bestreitet, der Deutschvölkischen Partei anzugehören, was er in der Voruntersuchung zugegeben hatte, und sagt dann aus, als er von der Ermordung des Kadow erfahren habe, habe er sich bereit erklärt, den Angeklagten Jurisch und Zenz die Möglichkeit zu geben, zu verschwinden. Auch anderen Angeklagten habe er weitergeholfen.

* Leipzig, 16. März.

Das Urteil im Parchimer Mordprozeß wurde gestern abend nach längeren Plädoyers verkündet. Es erhielten wegen gemeinschaftlichen Totschlags Höfs zu 10 Jahre Zuchthaus, Jurisch 5½ Jahre Gefängnis, Zabel 9½ Jahre Zuchthaus, Pfeiffer 6½ Jahre Zuchthaus, Wiemeyer 12½ Jahre Zuchthaus, Zenz 6½ Jahre Zuchthaus. Ferner wegen Beihilfe und Begünstigung Bormnnn 1 Jahr Gefängnis, wegen Begünstigung Fricke 10 Monate Gefängnis. Hoffmann, Thomsen, Mackensen, Wulbrede und Richter je 6 Monate Gefängnis. Die Angeklagten haben die Kosten des Verfahrens zu tragen.

In der Begründung wurde bemerkt, daß außer bei Jurisch den Angeklagten mildernde Umstände versagt worden sind. Nach Verkündung des Urteils wurde ein Antrag des Oberreichsanwalts auf Verhaftung Bormanns und ein Antrag der Verteidigung auf Haftentlassung der wegen Begünstigung verurteilten Angeklagten abgelehnt. Der Oberreichsanwalt ließ darauf den Angeklagten Bormann von sich aus festnehmen.

Kleine Nachrichten.

Wohnungsfürsorge der Gewerkschaften.

Berlin, 14. März. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB), der Allgemeine Freie Angestelltenbund sowie der Allgemeine Deutsche Beamtenbund haben heute eine Reichswohnungsfürsorgeaktiengesellschaft, genannt „Rewog", (Geschäftsstelle im Bundeshaus des ADGB, Berlin S 14, Inselstraße 6) mit einem Stammkapital von zunächst 50 000 Goldmark gegründet. Die von den Gewerkschaften neu aufgezogene Aktiengesellschaft verfolgt den Zweck, eine wirtschaftliche Zentralstelle aller Baugenossenschaften und Siedlungsgesellschaften zu sein, deren Mitglieder vorzugsweise gewerkschaftlich organisierte Beamte, Angestellte und Arbeiter sind.

Roesickes Nachfolger im Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 14. März. Als Mitglied des Reichswirtschaftsrates wurde an Stelle des verstorbenen Dr. Roesicke der Oberst a. D., Direktor des Reichslandbundes, Dr. rer. pol. Oscar v. Hahnke einberufen.

Neue Verordnung der Rheinlandkommission.

Berlin, 14. März. Nach der Verordnung 244 der Rheinlandkommission soll eine gemischte gerichtliche Kommission der rheinischen Eisenbahnen „in Zivil- und Handelssachen über alle Streitigkeiten, betreffend die zivilrechtliche Verantwortlichkeit der Regie, sowie über Ansprüche der Regie auf Wiedergutmachung aller Schäden und Nachteile entscheiden".

Aussperrungen unter französischer Regie.

Darmstadt, 14. März. Etwa 800 Arbeiter, die im Dienste eines französischen Unternehmers standen, der die hiesige Lokomotivwerkstätte unter französischer Regie gepachtet hatte, wurden nunmehr ausgesperrt, da sie infolge des dauernd sinkenden Wertes des französischen Frankens wertbeständige Löhnung gefordert hatten.

Der italienische Glückwunsch an Kahr.

München, 14. März. Das italienische Generalkonsulat teilt folgende Erklärung mit: Herr v. Kahr hat gestern, von einem Verteidiger befragt, ob es wahr sei, daß er in der Nacht vom 8. zum 9. November 1923 den Besuch und den Glückwunsch des italienischen Generalkonsuls erhalten habe, erklärt, er könne sich nicht daran erinnern. Das Königlich italienische Generalkonsulat kann auf das bestimmteste versichern, daß der in den Novembertagen in München amtierende Generalkonsul Botschaftsrat Durine bei Herrn v. Kahr in der Nacht vom 8. zum 9. November und ebenso in den folgenden Tagen keinen Besuch abgestattet hat.

Letzte Anmeldefrist für Ausgleichsforderungen.

Berlin, 16. März. **Durch Verordnung des Reichsministers für Wiederaufbau werden diejenigen deutschen Gläubiger, welche bisher ihre Forderungen noch nicht beim Reichsausgleichsamt angemeldet haben, aufgefordert, die Anmeldung unverzüglich, spätestens jedoch bis zum 31. März 1924, nachzuholen. Bei späterer Anmeldung besteht keine Aussicht mehr auf Berücksichtigung der Forderungen durch die gegnerischen Ausgleichsämter.**

Kurze Tagung des Preußischen Landtages.

Berlin, 16. März. Der am 18. März wieder zu Plenarsitzungen zusammentretende Preußische Landtag wird nur wenige Tage zusammenbleiben, da der Haushalt für 1924 noch nicht zur Beratung gestellt werden soll.

Revision der Rheinschiffahrtsakte.

Berlin, 16. März. Wie verlautet, werden am 20. März in Straßburg i. E. die Verhandlungen über die im Friedensvertrag vorgesehene Revision der Rheinschiffahrtsakte von 1868 beginnen. An den Verhandlungen nehmen teil: Deutschland, die Niederlande, die Schweiz, Belgien, Italien, England und Frankreich.

Wienreise des Reichskanzlers.

Berlin, 16. März. Reichskanzler Dr. Marx beabsichtigt im Laufe dieser Woche dem österreichischen Bundeskanzler Seipel in Wien einen Besuch abzustatten.

Selbstmord im Theater.

Berlin, 16. März. Im Wintergarten, dem bekannten Berliner Spezialitätentheater, erschoß sich gestern abend während der Vorstellung ein Mann, dessen Personalien noch nicht festgestellt werden konnten.

Bestechungsprozeß Zeigner.

Leipzig, 16. März. Im Zeignerprozeß beschloß das Gericht die Ladung neuer Zeugen. Die Verhandlung wurde dann auf Dienstag vertagt. Man hofft, den Prozeß am Sonnabend zu Ende führen zu können.

Noch 14 Tage Hitlerprozeß?

München, 16. März. Unter den Pressevertretern im Gerichtssaal ist das Gerücht verbreitet, daß der Hitlerprozeß erst in der ersten Aprilwoche zu Ende gehen werde. Demgegenüber muß jedoch hervorgehoben werden, daß die bayerischen Volksgerichte am 31. März laut Gesetz ihre Tätigkeit einstellen müssen.

Bayern und die Pfalz.

München, 16. März. Ministerpräsident Dr. v. Knilling erließ zur Eröffnung der bayerischen Pfalzwoche eine Kundgebung, in der er erklärt, daß Bayern vor der ganzen Welt feierlich bekunden wolle, daß es die Bande zwischen den Landesteilen rechts und links des Rheines als unlösbar betrachte.

Max Hölz als Reichstagskandidat.

Chemnitz, 16. März. Die Kommunisten in Chemnitz-Zwickau haben Max Hölz, der bekanntlich wegen seiner Räubereien im Zuchthaus sitzt, als Spitzenkandidaten für die Reichstagswahl aufgestellt. Sie verfolgen offenbar den Zweck, mit Hilfe der Bestimmungen über die Immunität der Abgeordneten die Freilassung des Hölz zu erwirken.

Schlußsitzung des Völkerbundsrates.

Genf, 16. März. Der Völkerbundsrat beschloß gestern abend nach fünftägiger Arbeit, seine 28. Tagung abzuschließen. Am Schluß der Tagung wies Präsident Guani in einer kurzen optimistisch gehaltenen Erklärung auf die fruchtreiche Arbeit der vergangenen Woche hin.

Fürst d'Annunzio.

Rom, 16. März. Der König von Italien hat den Dichter Gabriele d'Annunzio zum Fürsten von Monte Nevoso ernannt. Monte Nevoso ist der vielumstrittene Schneeberg an der Grenze der Stadt Fiume, deren Angliederung an das Königreich Italien heute im ganzen Staate gefeiert wird.

Börse und Handel.

Börsenkurse wenig verändert.

* Berlin, 15. März.

Für Devisen war die Nachfrage heute etwa die gleiche. Die Kurse waren wenig verändert, zum Teil ermäßigt. Nur Brüssel und Paris stellten sich entsprechend den internationalen Höherbewertungen des Frank teurer. Bei den Effektenhändlern bestand im wesentlichen nur Interesse für Kriegsanleihe, die zu 95 % bewertet wurde, und ferner Deutsche Erdöl 68½ bis 69 und Deutsche Petroleum 19½.

In Millionen Mk. **Was kosten fremde Werte?** Ohne Gewähr

Börsenplätze	15. 3. gesucht	15. 3. angeb.	14. 3. gesucht	14. 3. angeb.
Holland 1 Gulden	1 561 100	1 568 900	1 566 100	1 573 900
Dänemark 1 Kr.	650 400	653 600	654 400	657 600
Schweden 1 Kr.	1 107 200	1 112 800	1 107 200	1 112 800
Norwegen 1 Kr.	567 600	570 400	567 600	570 400
Finnland Mark	105 700	106 300	105 700	106 300
Amerika 1 Doll.	**4190000**	**4210000**	**4190000**	**4210000**
England 1 Pfd.	18 005 000	18 095 000	18 055 000	18 145 000
Schweiz 1 Fr.	728 200	731 800	728 200	731 800
Frankreich 1 Fr.	200 500	201 500	192 500	193 500
Belgien 1 Fr.	166 600	167 400	156 600	157 400
Italien 1 Lira	180 500	181 500	180 500	181 500
Tschechien 1 Kr.	122 100	122 900	122 100	122 900
Österr. 1000 Kr.	60 800	61 200	60 800	61 200
Ungarn 1000 Kr.	62 800	63 200	55 800	56 200

* Ostdevisen in Berlin am 15. März. Auszahlung Warschau 4,64—4,76, Bukarest 2,26—2,29, Riga 84,15—85,85, Reval 1,155—1,175, Kowno 43,06—43,94, Kattowitz 4,64—4,76. Noten: Poln. Mark 4,495—4,725, Lat. 81,90—86,10, estn. Mark 1,06—1,12, Lit. 41,44—43,56.

Evangelisations-Versammlungen

finden statt im Versammlungslokal oberhalb Sägewerk **in Kierspe-Bhf.**

heute bis einschl. Freitag, den 21. März von abends 8½ Uhr ab.

— Jedermann ist herzlichst eingeladen. —

Eintritt frei! Keine Kollekte!

Bekanntmachung.

In Abänderung der Bekanntmachung vom 23. 1. 1924 werden die Zuschläge zur Grundmiete vom 1. 3. 1924 an für die Gemeinden **Kierspe und Rönsahl** wie folgt festgesetzt:

1. 5% für Verwaltungskosten,
2. 8% für laufende Instandsetzungsarbeiten,
3. 15% für Betriebskosten

Schönheitsausbesserungen hat der Mieter zu tragen, bis auf das Streichen der Türen, Fenster und Fußleisten, die der Vermietrr zu bezahlen hat.

Die Grundvermögenssteuer kann mit 50% auf die Mieter umgelegt werden, was auch für die Wassermehrkosten gilt.

Im übrigen bleiben die bisherigen Bestimmungen in Kraft.

Kierspe, den 13. März 1924.

Der Gemeindevorsteher.

Für unsere Besteckschleiferei suchen wir noch per sofort und später **einige geweckte Jungen als**

Schleifer-Lehrlinge.

Der Beruf sichert nach vollendeter Lehrzeit stets einen guten und über dem Durchschnitt liegenden Verdienst.

Aluminium u Metallwerke Degenhardt & Sippel, Halver i. Westf.

Tapeten! Tapeten!

Die neuesten Muster! Riesige Auswahl! Billig. Preise!

Ia. bestes gekochtes Leinöl. Sämtliche Lacke.

Alle Trockenfarben.

Prima Bernstein-Fußbodenlack in 2 Pfd. Dosen. Weißlack, Emaillelack, Ofenrohrlack in Dosen.

Strohhutlack

Bleiweiß, Gips, Kreide, Kitt, Tapetenkleister, Lederleim Knochenleim Sichelleim Siccativ, Terpentin,

Alle Farben auf Wunsch streichfertig.

Pinsel in allen Größen.

Deckenbürsten, Weißquaste in Ia. Qualität.

Empfehle zum Hausputz:

sämtliche Bürstenwaren, Fensterleder, Schwämme, Fußmatten, Möbelklopfer, Ofenrohrreiniger u. s. w.

Karl Baukloh, Kierspe-Bahnhof.

— Ein Konzert —

im eigenen Heim durch

„Grammophon"

mit **Künstlerplatten**

Spezial-Vertretung:

Roth & Junius,

Hagen i. W., Bahnhofstr. 29.



Unübertroffene Qualitätsware.

Für saubere, leichte Beschäftigung können mehrere

Arbeiterinnen

eingestellt werden.

J. D. vom Brocke, Bollwerk.

Ich suche für sofort

Montiererinnen und Montierer,

geübten jüngeren

Werkzeugschlosser.

(Meisterstelle)

Ferner zu Ostern mehrere schulentlassene

Knaben u. Mädchen.

Wilhelm Engel, Schalksmühle.

Hamburg-Bremer Feuerversicherungs-Gesellsch.

Umstellung auf Wertbeständigkeit der Versicherungen ist unbedingt erforderlich.

Vermittlungen nimmt entgegen

Wilh. Crummenerl, Halver, Talsperrstr. 9.

Redegew. tücht. strebs.

junger Mann

vorwiegend für Inkasso und Reise für sofort oder zum 1 April **gesucht**

Schriftl. Angebote unt. L 585 an die Geschäftsstelle d. Allg. Anz. Halver.

Gabelrecker

für kleine und große Gabeln, sonstige

Gabelarbeiter u 1 Fallhammerschmied

für dauernde Beschäftigung gesucht.

August Grote, Oberbrügge.

Zum 1. April wird für das **Büro** ein

Lehrling

gesucht.

Diezel & Panne, Werkzeugfabrik, **Carthausen.**

Für sofort oder später einen tüchtigen

Ackerknecht

gesucht.

Ewald Tacke, Eickerhöh.

Fernspr. 76 Amt Halver

Zugelaufen

ist ein **grauer Schäferhund.** Eigentumsansprüche sind im Amtshause, Zimmer Nr 9 geltend zu machen.

Halver, 15. 3. 24.

Die Polizei-Verwaltung.

Turn-Verein Kierspe 1879.

Für die einzelnen Abteilungen finden die

Turnstunden für das Sommerhalbjahr 1924 wie folgt statt:

Männer-Abteilung:
Dienstag und Freitag abend, von 8¼ Uhr bis 10½ Uhr.

Frauen-Abteilung:
Montag u. Donnerstag abend von 8¼ Uhr bis 10 Uhr.

Jugend-Abteilung u. alte Herrenriege:
Mittwoch und Samstag abend von 8¼ Uhr bis 10 Uhr.

Der Turnrat.

Eine Ladung

Knochenmehl

eingetroffen.

Ferner erbitte von meiner verehrten Kundschaft **Ueberbringung der Kleesamenbeutel.**

Albert Herdepe, Halver, Fernsprecher 40.